

MICHAEL

HEINKE

er/ihm

Bewerbung als Kandidat für die Bezirksverordnetenversammlung

Grüner Kontext

- 🌱 Grüne Jugend
(Mitglied von 2006 bis 2011)
- 🌱 Grüne Hochschulgruppe Kiel
(AStA, StuPa)
- 🌱 Bündnis 90/Die Grünen
(Mitglied seit 2021)

Persönliches

- 🏠 1986 in Thüringen
- 🏠 Friedrichshain
- ✉️ michael.heinke.berlin@gmx.de

Beruf

- 👔 Justiziar in der AGH-Fraktion
- 🛡️ Datenschutzbeauftragter
- ⚖️ Rechtsanwalt

Liebe Freund*innen

Ich bewerbe mich für die BVV-Liste, weil ich gemeinsam mit euch etwas für Friedrichshain-Kreuzberg und Berlin bewegen und konkrete Veränderungen erreichen möchte.

In unserer Stadt und in unserem Bezirk verdichten sich Krisen, die lange unterschätzt wurden: eine immer spürbarere Klimakrise, ein Wohnungsmarkt, der Menschen verdrängt, wachsende Armut bei gleichzeitig leeren öffentlichen Kassen sowie ein zunehmend aggressiver Rassismus und Angriffe auf die Demokratie, die lange als selbstverständlich geltende Gewissheiten infrage stellen.

Diese Entwicklungen zeigen sich in Mieterhöhungen, die Menschen überfordern, in ausgedünnter Nahversorgung und in der fortschreitenden Kommerzialisierung des öffentlichen Raums. Sie prägen auch den Alltag vieler Menschen: durch rassistische Anfeindungen, Diskriminierung bei der Wohnungssuche oder im Umgang mit Behörden. Straßen, Plätze und Passagen verlieren an öffentlicher Zugänglichkeit – durch das Verschwinden öffentlicher Angebote ebenso wie durch sinnlose Zäune, die ausgrenzen, statt Probleme zu lösen. Die Stadt wird vielerorts enger, teurer und für viele unsicherer. Dem will ich nicht tatenlos zusehen, sondern gemeinsam mit euch Alternativen entgegensetzen.

Besonders deutlich wird das in der Wohnungspolitik. Die Kluft zwischen dem, was Regelungen wie Mietpreisbremse, Zweckentfremdungsverbotsgesetz oder Wohnungsaufsichtsgesetz versprechen, und dem, was Menschen erleben, wächst. Diese Instrumente greifen oft zu spät, zu schwach oder werden nicht konsequent durchgesetzt. Diese Kluft zu verkleinern, ist für mich zentral.

Doch soziale Teilhabe entscheidet sich nicht nur auf dem Wohnungsmarkt, sondern auch im Zugang zum Staat. Verwaltung kann Hürde oder Ermöglichung sein. Sie muss verständlich, niedrigschwellig und verlässlich sein. Digitale Verwaltung darf keine neuen Barrieren schaffen, sondern muss Rechte sichern, Verfahren transparent machen und den Zugang zu Leistungen erleichtern. Im Kern geht es auch hier darum, wer gesehen wird, wer gehört wird und wer eigene Rechte tatsächlich wahrnehmen kann.

Primär geht es mir um ein offenes Berlin: eine Stadt, in der Verdrängung nicht entscheidet, wer dazugehört; in der Menschen sich ohne Angst vor Abwertung oder Diskriminierung entfalten können; und in der öffentlicher Raum seinem Namen gerecht wird.

Ich freue mich auf den Wahlkampf mit euch. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Friedrichshain-Kreuzberg und Berlin eine starke grüne Stimme behalten, die politische Veränderungen möglich macht.

